

CORNELIA KOPPETSCH

**DIE GESELLSCHAFT
DES ZORNS**

**RECHTSPOPULISMUS
IM GLOBALEN ZEITALTER**

Aus:

Cornelia Koppetsch

Die Gesellschaft des Zorns

Rechtspopulismus im globalen Zeitalter

Mai 2019, 288 S., kart., 1 Farbabb.

19,99 € (DE), 978-3-8376-4838-6

E-Book:

PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4838-0

EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-4838-6

Was noch in den 1990er Jahren undenkbar war, ist mittlerweile Alltag: Ganze Bevölkerungsgruppen verlassen den Boden der gemeinsamen Wirklichkeit, kehren etablierten politischen Narrativen zornig den Rücken oder bestreiten gar die Gültigkeit wissenschaftlichen Wissens. Der Aufstieg des Rechtspopulismus markiert nach Dekaden der Konsenskultur eine erneute Politisierung der Gesellschaft.

Gängige Erklärungen für die Entstehung des Rechtspopulismus ziehen die Ereignisse der Fluchtmigration von 2015 oder vorgebliche Persönlichkeitsdefizite seiner Anhänger als Ursachen heran. Cornelia Koppetsch dagegen sieht die Gründe in dem bislang unbewältigten Epochenbruch der Globalisierung. Wirtschaftliche, politische oder kulturelle Grenzöffnungen werden als Kontrollverlust erlebt und wecken bisweilen ein unrealistisches Verlangen nach der Wiederherstellung der alten nationalgesellschaftlichen Ordnung. Konservative Wirtschafts- und Kultureliten sowie Gruppen aus Mittel- und Unterschicht, die auf unterschiedliche Weise durch Globalisierung deklassiert werden, bilden dabei eine klassenübergreifende Protestbewegung gegen die globale Öffnung der Gesellschaft.

Cornelia Koppetsch, geb. 1967, ist seit 2009 Professorin für Soziologie an der TU Darmstadt. Sie studierte Soziologie, Psychologie und Philosophie und promovierte in Soziologie bei Martin Kohli und Wolf Lepenies am Graduiertenkolleg »Gesellschaftsvergleich« der Freien Universität Berlin. Weitere wissenschaftliche Stationen waren die University of Chicago, die Universität Jena und die HU Berlin. Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Sozialen Ungleichheiten, der Geschlechterverhältnisse in Paarbeziehungen, der Biografieforschung sowie des Aufstiegs der neuen Rechtsparteien.

Weiteren Informationen und Bestellung unter:
www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4838-6

Inhalt

Einleitung | 9

Die globale Moderne 15 | Mobilisierung gegen die Folgen der Globalisierung 23 | Wegweiser durch das Buch 26 | Methodologische Randbemerkungen 31 | Dialektik der Protestbewegungen 34

1. Eine andere soziale Frage.

Rechtspopulismus als gesellschaftliche Protestbewegung | 37

Wie Protestbewegungen entstehen und was sie erfolgreich macht 42 | Rechtspopulismus, 1968 und aktuelle Protestbewegungen im Vergleich 43 | Dialektik des Protests: Die Wurzeln des Rechtspopulismus 47 | Was den Rechtspopulismus ausmacht 48 | Eine Schubumkehr: Veränderungen in den Tiefenstrukturen der Gesellschaft 52 | Die neue Rigidität: Top-down-Strukturen und sinkende Ambiguitätstoleranz 53 | Die Nostalgie-Welle 57 | Spaltungen und Abspaltungen: Bewältigungsstrategien 59 | Wann schlägt ein Gefühl ins Politische um? 60 | Stellungskonflikte 63

2. Die Neuordnung des politischen Raums | 65

Politische und kulturelle Paradigmenwechsel 65 | Die Geschichte der Globalisierung: Ein Abriss 67 | Globale Transformationen seit 1989 68 | Die neuen Konfliktlinien: National vs. postnational 70 | Globale Migration, migrantisches Deutschland 72 | Mauern gegen die Globalisierung 75 | Der Wandel der Parteienlandschaft 78 | Linke Globalisierungskritik und das postindustrielle Bürgertum 80 | Der doppelte Liberalismus 83 | Der gesellschaftliche Wandel hinter der Transformation der Parteienlandschaft 85 | Die neue Hegemonie des Liberalismus 88 | Ursachen der Repräsentationslücke 90 | Fazit: Rechtspopulismus als sinnstiftendes Narrativ 92

3. Die neuen Trennlinien.

Zur Transnationalisierung des Sozialraums | 95

Wer sind die AfD-Wähler? 95 | Die ökonomische Globalisierungsverlierer-Hypothese 97 | Die kulturelle Backlash-These 101 | Ökonomische und kulturelle Motive: Eine zusammengesetzte Konfliktlinie 104 | Neue Trennlinien: Die Transnationalisierung des Sozialraums 106 | Vertikale Trennlinien: Die Herausbildung globaler Märkte 108 | Transnationales kulturelles Kapital: Neue Distinktionsordnungen 111 | Konservative gegen Kosmopoliten: Eine neue horizontale Konfliktlinie 114 | Der kosmopolitische Habitus 116 | Gegen den kosmopolitischen Geist 119

4. Herrschaftskonflikte: Eine Koalition der Deklassierten | 123

›Guter‹ Kulturliberalismus und ›böser‹ Neoliberalismus? 124 | Ideologische Kämpfe sind Klassen- und Machtkämpfe 126 | Das Postfaktische als subversive Häresie 128 | Die Mobilisierung von Koalitionen 130 | Die AfD als ideologisches Sammelbecken für Häresien 131 | Islam- und Migrationsthema als ›allgemeine symbolische Klammer‹ 135 | Oben, Mitte, Unten: Milieus der Anhängerschaft im Spiegel der Islam- und Migrationskritik 137 | Deklassierung: Abwärtsmobile Flugbahnen 141 | Rechtspopulismus als Therapie 145

5. Emotionen und Identitäten.

Der Aufstieg der (Neo-)Gemeinschaften | 149

Ressentiments und Ängste: Zur Politik der Gefühle 150 | Ressentiments und Kollektivbewusstsein 153 | Rigidität und Abschottung: Wenn Angst starr macht 157 | Das Zeitalter des Individualismus 159 | Neogemeinschaften: Eine Welle der Re-Kollektivierung 162 | Rechtspopulistische Neogemeinschaften 165 | Ethnonationale Grenzziehungen: Das System des abgestuften Außenseitertums 168

6. Dialektik der Globalisierung:

Ein neues Imaginarium sozialer Zugehörigkeit? | 175

Der Preis der Globalisierung 175 | Solidarität und Kollektiv 177 | Nation, Staat und Solidarität 182 | Die Fragmentierung der

Mittelschicht 186 | Grenzbefestigungen und Diasporas 189 | Postnationale Klassen: Eine neue Geografie sozialer Grenzen und Zugehörigkeiten 191 | Sozialräumliche Trennung und Abspaltung der Privilegierten 193 | Globale Verteilungs- und Deutungskämpfe – ethnische und soziale Ungleichheiten 196 | Die Monopolstellung des Zentrums und der soziale Frieden 199 | Globale Verteilungskonflikte im Gewand ethnonationaler Kämpfe 200 | Fazit: Gegen den Verlust der Ausbeutungsprämie 202

7. Neue Bürgerlichkeit und die illiberale Gesellschaft: Eine historische Perspektive auf (De-)Zivilisierungsprozesse | 205

Distinktive Lebensführung im Prozess der Zivilisation 206 | Postindustrielle Bürgerlichkeit: Affektmodellierung und Abgrenzung nach unten 210 | Polarisierende Spaltungen und Märkte 218 | Deklassierung und Ent-Zivilisierungsprozesse 224 | ›Phantasiepanzer‹ gegen die Deklassierung 227 | De-Zivilisierung und Zornbewirtschaftung 229

8. In Deutschland daheim – in der Welt zu Hause. Alte Privilegien und neue Spaltungen | 233

Die Heimat der Eingeborenen und die Heimat der Zugewanderten 235 | Was ist Heimat? 243 | Fazit: Heimat – ein Machtkonflikt 246

Schluss – Von der Therapiekultur zur Demokratieangst: Neue deutsche Ängste | 249

Neue deutsche Ängste 249 | Reaktionen auf den Rechtspopulismus 251 | Irrtümer im Umgang mit dem Rechtspopulismus 253 | Wie umgehen mit der AfD? 256 | Gesellschaftliche Gründe für den politischen Rechtsschwenk 257

Danksagung | 259

Literatur | 261

Einleitung

Jeder soziale Wandel bedeutet die Vertreibung aus einem Paradies, einem Ort, der im Rückblick als ein Hort von Frieden, Ruhe, Ordnung und Wohlstand erscheint. Während die einen schon vor längerer Zeit daraus vertrieben wurden, realisieren die anderen erst allmählich, was sich vor ihren Augen ereignet hat. Konnte man – sofern man selbst davon profitierte – den Horizont der Globalisierung bis zur Jahrtausendwende noch mit Bildern von Reichtum und Emanzipation in Verbindung bringen, so mehren sich heute die skeptischen Stimmen. Viele erleben Globalisierung angesichts der Explosion von Ungleichheiten, der Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Rückschlags externalisierter Kosten als kollektiven Kontrollverlust. Daraus erwachsen Spaltungen. Die einen halten den Kurs, versuchen aber, durch Krisenmanagement die alte Stabilität zurückzugewinnen, die anderen wollen eine vollständige Kehrtwende, indem sie in die alte Gesellschaftsordnung zurückkehren möchten. Die einen möchten die grenzüberschreitenden Wirtschaftsformen der globalen Moderne in die Zukunft fortschreiben, die anderen verklären die gesellschaftlichen Strukturen der Vergangenheit. Aus der Gruppe der Skeptiker und derjenigen, die Globalisierung als Kontrollverlust erleben, sind in den letzten Jahren rechtsnationale und rechtspopulistische Parteien hervorgegangen, die im Mittelpunkt des vorliegenden Buches stehen.

Dieses Buch ist der Versuch einer Soziologin, sich einen soziologischen Reim auf den Aufstieg der neuen populistischen Rechtsparteien zu machen – keinen politischen und auch keinen sozialwissenschaftlich akribischen, sondern einen, der folgende Fragen stellt: Wie konnten reaktionäre und autoritäre Tendenzen in einer Gesellschaft erstarken, die sich auf dem Höhepunkt des Friedens, der Aufklärung und des Fortschritts glaubte? Was können wir durch die Brille der Mobilisierungsursachen der neuen Rechtsparteien über die heutige Gesellschaft und ihre Spaltungen

erfahren? Und welche Umrüstungen von Gesellschaftserzählungen und theoretischen Erkenntniswerkzeugen sind dazu notwendig?

Seit der Parteigründung der Alternative für Deutschland (AfD) im Jahr 2013 wurde in regelmäßigen Abständen deren nahender Untergang vorausgesagt. Weder hatte man mit ihrem Einzug ins Europaparlament im Jahr 2014 gerechnet,¹ noch wollte man seinen Augen trauen, als die AfD ab 2016 nach und nach mit zweistelligen Zahlen in die Landtage einzog. Die Bundesrepublik Deutschland, und später auch das vereinigte Deutschland, schien aufgrund beispielloser wirtschaftlicher Prosperität, aber auch infolge der intensiven Auseinandersetzung mit den Folgen des Nationalsozialismus, lange Zeit gefeit gegen ernstzunehmende Erfolge rechter Parteien, weshalb man den Einzug der AfD in den Bundestag im Jahr 2017 noch im Frühjahr desselben Jahres für schlechterdings unmöglich gehalten hatte. Indessen ist die AfD nicht nur kontinuierlich stärker geworden, sondern ist in einigen Bundesländern zur zweitstärksten Partei aufgestiegen und rangiert im Frühjahr 2019 in Umfragen wenige Prozentpunkte hinter der SPD.

Nun beschreitet Deutschland hinsichtlich der wachsenden Bedeutung der neuen Rechtsparteien allerdings keinen Sonderweg, sondern ist Nachzügler einer Entwicklung, die in anderen westlichen Ländern schon weiter fortgeschritten ist. In fast allen OECD-Ländern werden wir Zeugen einer von rechts getragenen Mobilisierung von Bevölkerungsgruppen, die sich bis vor Kurzem noch überwiegend an die Regeln und Ideen liberaler Demokratien gehalten und das Projekt globaler Öffnungen mitgetragen hatten. Ob in den USA, in Frankreich, Großbritannien, Österreich, Italien, Deutschland oder, unter etwas anderen Rahmenbedingungen, in ehemals sozialistischen Ländern wie Ungarn, Polen und Tschechien: Ein erheblicher Teil der Menschen wendet sich gegen den politischen Konsens des westlichen Parteiensystems.

Der Aufstieg der neuen Rechtsparteien stellt in der Tat eine Widerlegung bisheriger Erwartungen an die Entwicklung westlicher Gesellschaf-

1 | Die Europawahl 2014 markierte für den Kontinent eine Zäsur, denn sie brachte vielen rechtspopulistischen Bewegungen Rekordergebnisse ein, wobei sich der Anteil der auf die rechtspopulistischen Parteien entfallenden Stimmen von 5,1 Prozent auf 13,2 Prozent mehr als verdoppelt hat (Inglehart/Norris 2016). Dass der Front National in Frankreich oder die UKIP in Großbritannien zur jeweils stärksten Partei ihres Landes aufsteigen könnten, schien bis dato undenkbar (Hillebrand 2015: 7).

ten dar. Er widerlegt zum einen die modernisierungstheoretischen Gesellschaftserzählungen, die mehr oder weniger unausgesprochen davon ausgegangen sind, dass wir mit der Globalisierung in Bälde eine neue und letzte Stufe der Erweiterung gesellschaftlicher Großkörper auf eine höhere und inklusivere Einheit, d. h. auf die Ebene der *Weltgesellschaft*, erreichen würden. Inzwischen scheint ein solch friedliches Fortschreiten zivilisatorischer Entwicklungen mit dem Erfolg rechter Protestbewegungen, die Abschottung und den Primat nationalistischer und völkischer Partikulargemeinschaften gegenüber universalisierbaren Wertbezügen fordern und teils schon durchsetzen, zunehmend unwahrscheinlicher. Der Aufstieg der Rechtsparteien widerlegt aber auch solche Gesellschaftsnarrative, die darauf hofften, dass eine neue globale Arbeiter- oder linke Antiglobalisierungsbewegung (zum Beispiel Occupy Wallstreet) dem über die Maßen ausbeuterischen und gefräßigen Kapitalismus bald schon einen Maulkorb verpassen könnte. Ganz im Gegenteil: Soziale Ungleichheiten sind heute größer denn je in der Geschichte der Bundesrepublik – gleichzeitig ist die effektive Macht der global agierenden Unternehmen und der Finanzindustrie ungebrochen.

Das utopische Denken selbst, das sich in Hoffnungen auf eine Weltgesellschaft und eine Abkehr vom neoliberalen Kapitalismus ausdrückte, scheint mit dem Aufstieg von Rechtsparteien wie der AfD (die als einzige Partei die ›Alternative‹ im Namen trägt) lahmgelegt. So ist im politischen Denken ein Vakuum entstanden. In allen politischen Lagern kann demgegenüber eine »kollektive Rückwärtsgewandtheit« (Bauman 2017) beobachtet werden, denn

»allenthalben verweist der – mal eher melancholische, mal eher aggressive – Blick zurück auf als verlorengegangen behauptete ›goldene Zeiten‹. Konkret: Auf Zeiten der Mittelstandsgesellschaft, die in der von der Gegenwart irritierten Rückschau in umso hellerem Licht erstrahlen: als sichere, geordnete und eindeutige Zeiten, in denen Deutschland noch Deutschland war (und andere Nationen ebenfalls noch ganz bei sich sein konnten).« (Lessenich 2018: 172 f.)

Die melancholische Form der Rückwärtsgewandtheit begegnet uns gegenwärtig in zahllosen Kulturprodukten, etwa in Nostalgie-Filmen im Sechzigerjahre-Dekor (oder, bezogen auf die DDR, in Filmen wie »Gundermann« und »Familie Brasch«), in historisierender Architektur (zum Beispiel in der Neuen Altstadt in Frankfurt a. M.), in der ästhetischen Verklärung des

Handwerks (etwa bei der Handelskette Manufactum) oder in den Praktiken von Heritage-Bewegungen. Die aggressive Version der Rückwärts-gewandtheit begegnet uns in Gestalt der neuen Rechtsparteien, die sich von der Idee der Gleichheit und der Inklusion verabschieden, wenn sie für exklusive Solidarität und Abschottung eintreten.

Dieser politische Ausdruck der Rückwärts-gewandtheit hat dabei in den letzten zehn Jahren Formen angenommen, die man in den 1990er-Jahren schlechterdings für unmöglich gehalten hätte: Größere Bevölkerungsgruppen verlassen den gemeinsamen Boden der Wirklichkeit, sie bilden eine Parallelöffentlichkeit heraus, kehren bisherigen politischen Narrativen den Rücken oder bestreiten gar die Gültigkeit wissenschaftlichen Wissens, etwa wenn sie den Klimawandel leugnen oder die Auffassung vertreten, dass die Rollen von Mann und Frau biologisch festgelegt (und nicht etwa gesellschaftlich geprägt) seien. Auffällig sind darüber hinaus die »nationalen und nationalistischen Revivals«, die, wie Zygmunt Bauman erklärt, »mit Hilfe des Rückgriffs auf nationale Symbole und Mythen und zuweilen auch, indem sie Verschwörungstheorien in Umlauf bringen eine antimoderne Mythologisierung der Geschichte betreiben« (Bauman 2017: 11). Und schließlich beobachten wir nach drei Dekaden des Zurückweichens des gesellschaftlichen und politischen Denkens im Windschatten eines elitär-autoritären Neoliberalismus erneut Prozesse der Re-Politisierung, allerdings in einem für Liberale befremdlichen Rahmen, wie Samuel Huntington (1996: 21) formuliert: »Menschen benutzen Politik nicht nur dazu, ihre Interessen zu fördern, sondern auch dazu, ihre Identität zu definieren« – getreu dem Motto: »Wir wissen, wer wir sind, wenn wir wissen, wer wir *nicht* sind und *gegen wen* wir sind.« (Ebd.; Hervorhebung von mir) Schließlich kommt es zum Wiederaufleben auch der Institution des Sündenbocks, in Deutschland und Frankreich etwa in der Figur des Islams und der Muslime.

Was mich im Folgenden interessiert, ist, die gesellschaftlichen Voraussetzungen nachzuzeichnen, die zu diesen Phänomenen geführt haben, und den Folgen auf den Grund zu gehen, die diese Veränderungen nach sich ziehen. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass der Aufstieg der populistischen Rechten keiner kurzfristigen Gefühlsaufwallung folgt, sondern eine längerfristige strukturelle Veränderung anzeigt, von der nicht nur die Anhängerschaft der neuen Rechtsparteien, sondern die *gesamte* Gesellschaft betroffen ist. Rechtspopulismus zeigt gewissermaßen einen »Strukturwandel« *und* einen »Mentalitätswandel« an, die durch

einen politisch und gesellschaftlich bislang unbewältigten Epochenbruch ausgelöst worden sind. Diesen Wandel, der sich nicht plötzlich vollzogen, sondern etwa dreißig Jahre lang angebahnt und im Auftauchen des Rechtspopulismus lediglich einen vorläufigen Höhepunkt erfahren hat, aufzuspüren und zu erklären, ist die Zielstellung dieses Buches.

Die populärste Interpretation des gesellschaftlichen Mentalitätswandels geht davon aus, dass der Rechtsruck durch die Entscheidung von Bundeskanzlerin Merkel vom September 2015, etwa eine Million größtenteils muslimische Flüchtlinge ins Land zu lassen, verursacht worden ist. Doch sollte daran erinnert werden, dass die PEGIDA-Demonstrationen, die das ›populistische Moment‹ der Bewegung bildeten, bereits im Jahr 2014 stattfanden. Auch erscheint diese Lesart nicht stichhaltig, wenn man analoge Ereignisse in anderen Ländern dagegenhält. In den USA beispielsweise waren es kaum muslimische Flüchtlinge, die zum Aufstieg Trumps beitrugen, sondern Migranten aus Mexiko und anderen lateinamerikanischen Staaten. Der Brexit wiederum bezog seine Anschubenergie daraus, dass sich viele Briten von polnischen Handwerkern und ähnlichen Einwanderergruppen bedroht fühlten. In Frankreich schließlich befeuern muslimische Einwanderer die Spaltung. Dabei handelt es sich allerdings nicht um Flüchtlinge, sondern um Menschen aus den ehemaligen französischen Kolonien in Nordafrika. Ganz analog dazu waren um 1900 in dem gern als beispielhaft dargestellten Einwanderungsland USA viele Einwanderergruppen unerwünscht, etwa Iren, Italiener, Juden und Chinesen. An den Iren und Italienern störte die Amerikaner vor allem der Katholizismus: Katholiken galten, ähnlich wie Muslime im heutigen Deutschland, als Feinde von Demokratie und Freiheit. Zudem wurden ihnen nachgesagt, sie seien illoyal und einer fremden Macht verpflichtet – gemeint war der Papst. Hier ist die Parallele zum türkischen Präsidenten Erdoğan nicht abwegig.

Als gleichermaßen unbefriedigend erweisen sich paternalistische Sichtweisen auf vorgebliche Persönlichkeitsdefizite von AfD-Anhängern. Alternativ wird den Wählern, die vorrangig in den benachteiligten Schichten vermutet werden, Irrationalität oder eine kollektive seelische Störung – wie zum Beispiel Autoritarismus, Fremdenfeindlichkeit etc. – attestiert, die mal auf ungünstige Sozialisationsbedingungen (in der Arbeiterklasse), mal auf die unvollständige Aufarbeitung zweier Diktaturerfahrungen (in Ostdeutschland), mal auf die mentalen Sedimente eines autoritären Kapitalismus zurückgeführt wird (Heitmeyer 2010). Damit wird

der politische Konflikt gleichsam aus dem persönlichen Horizont in die vorgeblich defizitäre Persönlichkeitsausstattung ›der anderen‹ gerückt – eine Form der Zuschreibung, die in der Anthropologie Edward Saids als *othering* bezeichnet wird.

Gegenüber diesen zwei Erklärungsversuchen – dem ereignisgebundenen, der die Fluchtmigration von 2015 in dem Mittelpunkt stellt, und dem paternalistischen – soll hier ein alternativer Ansatz entwickelt werden, der die strukturellen Ursachen für den Aufstieg der neuen Rechtsbewegungen als Folge eines bislang noch *unbewältigten epochalen Umbruchs* betrachtet, der in den zurückliegenden 30 Jahren deutliche Spuren in den Tiefenstrukturen westlicher Gesellschaften hinterlassen hat. Bei diesem Umbruch handelt es sich um die im Mauerfall kulminierende Neuausrichtung westlicher Gesellschaften von einer im nationalen Rahmen verankerten Industriemoderne hin zu einer Ordnung, die in diesem Buch als *globale Moderne* bezeichnet wird und die kulturell durch das Regime des *progressiven Neoliberalismus* abgestützt wird (Fraser 2017).

Unter dem Begriff *Neoliberalismus* soll ein Regime verstanden werden, das den Markt grundsätzlich dem Staat als Mittel der Lösung von Problemen vorzieht und alle Bereiche des Lebens wirtschaftlichen Imperativen unterwirft und einem ökonomischen Bild entsprechend vermisst – mit nachteiligen Folgen für die Demokratie. An die Stelle des *homo politicus*, der sich für das Gemeinwesen engagiert, tritt der *homo oeconomicus*, der Marktbürger, der sich über sein Humankapital definiert und in seine Wettbewerbsfähigkeit investiert (Brown 2015). Damit haben sich Formen kapitalistischer Herrschaft in alle Gesellschaftsbereiche hinein ausgeweitet. Als *progressiv* ist dieser Neoliberalismus nun dort zu bezeichnen, wo er sich kultur- und linksliberale Ideen einverleibt hat, die ihm ein fortschrittliches Charisma verleihen, der Vertiefung sozialer Ungleichheiten und der Macht des Kapitals allerdings in keiner Weise entgegenstehen. So stehen die tonangebenden progressiven Kräfte, die sich gegenwärtig für Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und die Rechte sexueller Minderheiten engagieren, faktisch im Bündnis mit den wissensintensiven Ökonomien der Finanzindustrie, des Silicon Valley und des *New Public Management* an Universitäten, Schulen und öffentlichen Verwaltungen (Fraser 2017).²

2 | Zum Maßstab von Emanzipation wird die *Diversifizierung* kapitalistischer Teilhabe, der Umstand also, dass Frauen, ethnische Minderheiten, Schwule und Les-

DIE GLOBALE MODERNE

Global sind mittlerweile nicht nur Wirtschaft, Produktion, Handel, Transportwesen und Geldströme, sondern auch Unterhaltungsindustrie, Kunst, Wissenschaft und Kommunikation. Gleiches gilt aber auch für die Mobilität der Menschen in Form von Tourismus und Migration. Die gesellschaftsstrukturell folgenreichste Öffnung besteht in der Globalisierung der Ökonomie, die durch die Liberalisierung der Finanzmärkte in den 1970er-Jahren angestoßen wurde. Mit dem Fall der Mauer erreichte die globale Wirtschaftsverflechtung eine neue Stufe. Im Windschatten des explosionsartigen Aufstiegs globaler Finanzmärkte und transnationaler Wertschöpfungsketten kam es zur Auflösung der Strukturen des Konzernkapitalismus (Castells 2001; Boltanski/Chiapello 2003). Durch den Aufbau globaler Produktions- und Lieferketten wurden die alten Produktionssysteme in Einzelteile zerlegt und rund um den Erdball jeweils dort (immer wieder) neu aufgebaut, wo sich Produkte am besten entwickeln oder am billigsten fertigen lassen. So können Designer in einem Land Prototypen für ein neues Produkt entwerfen und Ingenieure in einem zweiten Land die erforderlichen Maschinen und Produktionsstätten entwickeln, wodurch das Produkt schließlich in einem dritten Land, etwa in Taiwan oder Indonesien, gefertigt wird. Unternehmen sind keine räumlich situierten Behälter, sondern global vernetzte Einheiten. In einem solchen Geflecht, dem Netzwerkkapitalismus, ist die Zuordnung einzelner Unternehmen zu nur *einer* Nation problematisch geworden, was protektionistische Maßnahmen zugunsten einzelner nationaler Volkswirtschaften unter schwierige Bedingungen stellt. Transnationale Unternehmen wiederum wären ohne avancierte Kommunikationstechnologien, d.h. ohne den Ausbau elektronischer Infrastrukturen, die ihrerseits die globale Verflechtung von Wissen, Kultur, Unterhaltung, Medien und schließlich auch Migration und Tourismus vorangetrieben haben, nicht möglich gewesen. Die vielfältigen Grenzüberschreitungen haben zur Ausweitung

ben an der ökonomischen Konkurrenz gleichermaßen teilhaben können, und nicht mehr die Durchsetzung von Gleichheit und eines Lebens jenseits der Winner-take-all-Hierarchien (siehe auch Kapitel 2). Der progressive Neoliberalismus ist somit als eine Gesellschaftsformation anzusehen, die darauf beruht, die Forderungen progressiver Strömungen zu endogenisieren, um dadurch den Kapitalismus flexibler, innovativer und globaler zu gestalten (vgl. auch Neckel et al. 2018: 232 f.).

von Horizonten und Möglichkeiten geführt, sie haben allerdings auch gesellschaftliche Risiken mit sich gebracht, da sie nationale Wohlfahrtslagen bedrohen und wachsende Ungleichheiten hervorgebracht haben.

Nun haben Globalisierungsprozesse im Sinne der Zunahme weltweiter Verflechtungen bereits im ausgehenden Mittelalter stattgefunden, etwa in Form der Herausbildung globaler Hafen- und Handelsstädte sowie durch die Vernetzung von Kunst, Handwerk und Wissenschaft in Europa. Was also ist das dezidiert Neue an der globalen Moderne, verglichen mit früheren derartigen Prozessen? Der wichtigste Unterschied besteht wohl darin, dass Globalisierung in der Frühmoderne *kontinuierlich* erfolgte und in der Tat wesentlich zur Herausbildung von souveränen Nationalstaaten im Rahmen einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft beigetragen hat (Wallerstein 1983). Gegenüber dieser inkrementellen Globalisierung der Frühphase zeichnet sich die 1989 eingeleitete Phase der Globalisierung dagegen durch ihren *umwälzenden* Charakter und die *Gleichzeitigkeit des Wandels* von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aus. Dies hat zur Folge, dass sich im Zuge der Zunahme weltweiter Vernetzung *alle* Zugehörigkeiten grundlegend verändern – die zu einem Land, zu den Regionen, zum Weltmarkt und zu den kulturellen Traditionen eines Landes. Die unbestrittene Führungsrolle der Globalisierung kommt dabei dem Wirtschaftssystem zu, doch wäre ohne die Herausbildung der digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien weder die länderübergreifende Aufspaltung von Produktionsketten noch die informationelle Vernetzung unterschiedlicher Weltregionen möglich gewesen. Diese Entwicklungen haben zur Herausbildung eines gemeinsamen ›globalen‹ Bewusstseins geführt, wie es sich etwa in der Debatte um den Klimawandel manifestiert. Hier ist erstmals ein Bewusstsein dafür entstanden, dass es sich bei der Erde um ein relativ kleines System handelt.

Ein zweiter wesentlicher Aspekt des epochalen Globalisierungsschubes der Gegenwart ist der Souveränitätsverlust von Nationalstaaten und der Dominanzgewinn ökonomischer gegenüber politischen Akteuren. Es kommt zu einer Umkehrung des Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Weltwirtschaft und Nationalstaaten. Während die Souveränität von Staaten schwindet, führt der grenzüberschreitende Machtgewinn des Kapitals zu einem Zugewinn an Kontroll- und Selektionsmacht gegenüber nationalen Wirtschaftsstandorten mit weitreichenden Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Institutionen (Brock 1997).

Ein drittes, damit zusammenhängendes Strukturmerkmal der globalen Moderne stellt der Aufstieg der *global cities* zu transnationalen Steuerungszentren dar (Sassen 1991; 2007). Diese sind Knotenpunkte einer neuen Geografie der Macht. Mit der Ablösung des Industriezeitalters hat die Gleichförmigkeit der Industriestädte mit ihrer Massenproduktion, ihren Massenerarbeitern und ihren funktionalen Aufteilungen ein Ende, während Großstädte und Metropolregionen einen enormen Aufstieg erleben und eine auch in sozialräumlicher Hinsicht polarisierte Bevölkerungsstruktur hervorbringen. Diese sozialräumliche Polarisierung transzendiert die klassische Sozialstruktur der Industriemoderne. In der globalen Stadtlandschaft von Amsterdam bis Tokio, Frankfurt bis Paris, Philadelphia bis Rio de Janeiro ballt sich der gesellschaftliche Wandel in räumlicher Form. In diesen global miteinander vernetzten urbanen Zentren konzentriert sich die postindustrielle Gesellschaft der globalen Moderne in verdichteter Form, denn hier verschränken sich die globalen Dienstleistungszentren, die polarisierte Sozialstruktur von neuer transnationaler Mittelklasse und neuer Unterklasse sowie die Politik der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. In den großen Städten konzentriert sich ein Großteil hochqualifizierter Dienstleistungsarbeit, wie sie typischerweise von transnationalen Unternehmen nachgefragt wird. Gleichzeitig konzentriert sich hier auch ein Großteil der einfachen Dienstleistungsarbeit sowie der unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen, denn das Wachstum des Finanzgewerbes und der unternehmensbezogenen Dienstleistungen schaffen nicht nur für Akademiker vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern auch für niedrigbezahlte, oftmals migrantische Arbeitskräfte (Sassen 1996: 22). Trotz der damit einhergehenden städteräumlichen Segregation gelten die modernen Großstädte, insbesondere die Innenstädte, als Bühnen gelebter Multikulturalität und Diversität, die durch »affektive Qualitäten wie Authentizität, Unverwechselbarkeit, kulturelle Offenheit und Lebendigkeit geprägt« sind (Reckwitz 2017: 386). Die ethnische Durchmischung wird gleichsam integraler Teil der urban-kosmopolitischen Kultur (Sassen 2007).

Spiegelbildlich zum Aufstieg metropolitaner Zentren ist es zur Entleerung und Verödung ganzer Landstriche in ländlichen Regionen, d. h. zur Herausbildung neuer Peripherien inmitten Europas, gekommen. Aus den deindustrialisierten Gebieten etwa in Ostdeutschland und vielen Regionen Osteuropas sind immer größere Teile der aktiven Bevölkerung abgewandert – Arztpraxen, Schulen, Kindergärten und Geschäfte

mussten schließen. Eine ähnliche Verödung von ländlichen Regionen zeigt sich auch in Frankreich in der größer werdenden Kluft zwischen den Metropolen und *la France périphérique*. Diese Trennlinien zwischen prosperierenden globalen Städten und schrumpfenden Peripherien haben Auswirkungen auch auf das kulturelle Selbstverständnis: Während sich die bunt zusammengesetzten Bewohner der *global cities* häufig schon nicht mehr als Bürger einer Nation, sondern als postnationale Kosmopoliten begreifen, empfinden die Bewohner der schrumpfenden Regionen gerade die kosmopolitischen Werte, auf denen die urbane Kultur der globalen Moderne beruht, als Bedrohung. Ihr ›Wir‹ gründet stärker auf der Vorstellung einer Nation und einer gemeinsamen Abstammung und Kultur (Krastev 2017). In den entvölkerten Dörfern, aus denen junge Familien fortziehen und in denen Läden und Infrastrukturen zunehmend verschwinden, wird der Zustrom von Migranten daher nicht als Trost empfunden. Die Ankunft von Migranten verstärkt die demografische Melancholie in diesen Regionen und das Bedürfnis, zu den Strukturen des Industriezeitalters zurückzukehren (ebd.).

Schließlich ist als ein viertes Strukturmerkmal der globalen Moderne die *Transnationalisierung* sozialer Ungleichheitsverhältnisse zu sehen (Mau 2007; Berger/Weiß 2008; Weiß 2017; Sassen 2007). Vor allem am oberen und unteren Rand kommt es zur Herausbildung von transnationalen Klassenlagen. Am oberen Pol befinden sich Gruppen, die als Globalisierungsgewinner verstanden werden können. Dazu gehört zum einen die kleine Elite der Superreichen, die in den Winner-take-it-all-Prozessen überproportionale Vermögens- oder Aufmerksamkeitsgewinne erzielt haben (Sklair 2001), und zum anderen die relativ breite Schicht der Kosmopoliten in den Kultur- und Wissensökonomien der *global cities*, die weder emotional noch ökonomisch übermäßig an einen spezifischen Nationalstaat gebunden ist. In urban-gemischten Kulturen lebend, entwickeln sie postnationale Identitäten und bilden gemeinsam mit den hochqualifizierten Migranten eine globale Oberschicht. Sie verfügen über global einsetzbares kulturelles Kapital, transnational verwertbare Bildung und weltweit anerkannte Qualifikationen.

Eine Unternehmensberaterin in Frankfurt a. M., ein Investmentbanker in London oder eine Architektin in Taiwan bewohnen einen gemeinsamen Verkehrs- und Transaktionsraum, selbst wenn sie sich nie persönlich begegnet sind und stets innerhalb ihrer Länder verbleiben. Häufig teilen sich die transnationalen, etwa in den Beratungs-, Finanz- oder Kul-

turökonomien tätigen Experten, nicht nur eine professionelle Identität, sondern auch einen gemeinsamen kosmopolitischen Lebensstil, der aus dem Leben in globalen Metropolen resultiert, die in allen Ländern der Welt ähnliche Infrastrukturen und urbane Landschaften aufweisen. Wer sich etwa von Frankfurt aus in die Metropolen anderer Länder, etwa nach Shanghai, Bangkok oder London begibt, findet überall eine vergleichbare urbane Geografie von In-Vierteln, gentrifizierten Stadtteilen, Museen, Theatern und Kulturdenkmälern vor. Dadurch werden sich die Lebensbedingungen in den Metropolen auch in Zukunft voraussichtlich noch stärker angleichen. Das Zugehörigkeitsgefühl der kosmopolitischen Mittelschicht zur eigenen Nation dürfte sich allerdings in dem Maße lockern, wie transnationale Verflechtungen zunehmen (Sassen 1996).

Spiegelbildlich finden sich am anderen Pol der sozialen Hierarchie unterschiedliche unterprivilegierte Gruppen ebenfalls zu einer transnationalen Klasse, zu einem transnationalen Unten, zusammen. Hier finden sich Geringverdiener aus unterschiedlichen Weltregionen als globales Dienstleistungsproletariat wieder. Für dieses existiert die ›soziale Rolltreppe‹ in die Mittelschicht zumeist nicht mehr, weil sich unter dem Druck internationaler Wettbewerbsfähigkeit auch die Löhne in den Ländern des globalen Nordens an die niedrigeren internationalen Maßstäbe angeglichen haben. Transnationalisierung ist somit nicht mit Migration identisch – die Verflechtung mit konkurrierenden Arbeitnehmern anderer Weltregionen hat gerade auch dort stattgefunden, wo sich die Einzelnen *gar nicht bewegt haben*. Transnational ist diese Klasse, weil sie faktisch nicht mehr unter dem Dach der nationalen Volkswirtschaft angesiedelt ist, auch wenn ein Teil ihrer Mitglieder alle Rechte der Staatsbürgerschaft genießt. Dieses transnationale Unten hat die traditionelle Arbeiterklasse abgelöst und ist weitaus heterogener, als diese es war. Es umfasst sowohl unterschiedliche geringqualifizierte bis gut ausgebildete Migranten wie auch gering- und de-qualifizierte einheimische Arbeitnehmer und setzt sich aus einfachen Dienstleistern, Randbelegschaften im industriellen Sektor, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern zusammen.

Die Herausbildung eines transnationalen Unten wird durch zwei Prozesse vorangetrieben: zum einen durch die Möglichkeit von Unternehmen, ihre Unternehmenssitze in Niedriglohnländer auszulagern, und zum anderen dadurch, dass Migranten aus dem globalen Süden bereit sind, zu schlechteren Arbeitsbedingungen und niedrigeren Löhnen zu arbeiten. Die Spirale der Lohnunterbietungen im Zustell- und Transport-

gewerbe, in den Wach- und Sicherheitsdiensten, in der Pflege und in Ernteeinsätzen wird dadurch noch zusätzlich weiter angetrieben. Allerdings ist auch das transnationale Unten kein homogener Ort, da darin aufwärtsmobile migrantische Milieus aus den Mittelschichten des globalen Südens auf abwärtsmobile einheimische Geringverdiener treffen.

Zwischen dem transnationalen Oben und dem transnationalen Unten befinden sich nun die noch in den nationalen Wirtschafts- und Wohlfahrtsraum eingebundenen Mittelschichten, deren Wohlstandsniveau nach wie vor umfassend von innerstaatlichen und nationalen Institutionen geprägt wird. Allerdings verlieren diese Gruppen zunehmend ihren gesellschaftlichen Einfluss. Über Lebenschancen und Ressourcenzuteilungen entscheiden immer weniger die klassischen Anwälte der Mitte, wie etwa die Gewerkschaften oder die Volksparteien, sondern globale Wirtschaftsverflechtungen sowie supra- oder transnationale Einrichtungen (Werding/Müller 2007). Es zeichnet sich somit immer deutlicher eine zentrale Spaltungsachse innerhalb der Mittelschicht ab: Die akademisch ausgebildete urbane Mittelschicht wird zunehmend in die globale Oberschicht integriert, während die in den Regionen und Kleinstädten angesiedelte mittlere und untere Mittelschicht zunehmend in die Defensive gerät und ein unbedingtes Interesse am Erhalt eines exklusiv nationalen Wirtschafts- und Wohlfahrtsraums hat, notfalls auch durch Abkopplung von der Globalisierung. Diese traditionellen Mittelschichtsfractionen können gewissermaßen als die unmittelbaren Nachfahren der »nivellierten Mittelschicht« der Industriemoderne gesehen werden.

Schließlich haben, als ein fünftes Strukturmerkmal der globalen Moderne, auch politische Steuerungskonzepte die nationalstaatlichen Grenzen transzendiert.³ Während die Politik des Steuerungs- und Wohlfahrtsstaates der Industriemoderne eng an den Nationalstaat gekoppelt war, ist der Bedeutungsverlust nationaler Regulierung in der globalen Moderne einerseits mit dem Aufschwung *supranationaler* Steuerungsinstanzen und andererseits mit einem Bedeutungsgewinn politischer Akteure *unterhalb* der nationalen Ebene verbunden. Dabei spielen die Städte, vor allem

3 | Von den 1940er-Jahren bis in die 1970er-Jahre war der Nationalstaat zentrale gesellschaftliche Planungs- und Steuerungsinstanz. Paradigmatisch für diese Politik war eine Form korporatistisch-sozialdemokratischer Regulierung, die eine kulturell vergleichsweise homogene, nationale Gesellschaft gleichermaßen voraussetzte wie förderte (vgl. Reckwitz 2017: 374).

die Großstädte und Metropolregionen als Brennpunkte globaler Investitionen, eine Schlüsselrolle (vgl. dazu auch Reckwitz 2017: 382 f.).

Trotz all dieser globalen Verflechtungsprozesse ist die globale Moderne allerdings nicht mit einer *Weltgesellschaft* zu verwechseln, denn von allen sozialen Feldern weist lediglich das politische Feld supranationale Strukturen auf. Die globale Moderne kann aus Containerperspektive am besten durch *Transnationalisierung*, d. h. durch die grenzüberschreitende Re-Figuration sich überlagernder Räume, verstanden werden, die allerdings stets an lokale Infrastrukturen rückgekoppelt ist.⁴ Transnationalisierung bedeutet, dass soziale Felder und Positionen nicht mehr innerhalb des Containers gestaltet werden, sondern sich zunehmend durch soziale Kontexte geprägt finden, deren flächenräumliche Ausdehnung die Grenzen von Staaten überschreitet (Mau 2007; Berger/Weiß 2008; Weiß 2017; Koppetsch 2017c).⁵ Am ehesten lassen sich Transnationalisierungsprozesse im Sinne der Vernetzung und Entgrenzung von zuvor in

4 | Dies wird oftmals mit dem Begriff der *Glokalisierung* bezeichnet und bedeutet die Hervorbringung des Globalen durch das Lokale, die ermöglichende Rückbindung des globalen Verkehrs von Wissen, Geld, Kultur oder Ideen an lokale Infrastrukturen. Metaphern, die einseitig das Fluide und Flottierende im Globalisierungsprozess betonen, unterschlagen die Bedeutung des Lokalen bei der Hervorbringung und Regulierung des Globalen (Opitz/Tellmann 2012). So sind wichtige Bestandteile globaler Informationsökonomie ortsgebunden, aber auch rechtliche Regulative – etwa in der Offshore-Praxis von Scheinfirmen – spielen bei der Herstellung des Globalen eine wichtige Rolle. »Global Cities sind zentrale Standorte für hochentwickelte Dienstleistungen und Telekommunikationseinrichtungen, wie sie für die Durchführung und das Management globaler Wirtschaftsaktivitäten erforderlich sind.« (Sassen 1996: 39) Das rapide Wachstum des Finanzgewerbes und der spezialisierten Experten- und Beratungsfunktionen schaffen nicht nur für hochqualifizierte Fachleute Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern auch für niedrigbezahlte, unqualifizierte Arbeiter, die als Wachdienste, Putzkolonnen, Köche, Hotelfachleute, Haushaltskräfte etc. tätig sind. Neben der bereits erwähnten Ungleichheit zwischen den Städten entwickelt sich somit auch innerhalb der Städte eine wachsende Ungleichheit.

5 | Wurde gesellschaftliche Räumlichkeit in der Industriemoderne noch euklidisch, d. h. als System konzentrisch angeordneter, ineinander geschachtelter Behälter verstanden, so wird der Raum heute, in der Spätmoderne, relational, d. h. als netzwerkartiger Verflechtungszusammenhang sich überlagernder Regionen gedacht (vgl. dazu auch Löw 2018).

getrennten ›Behältern‹ ansässigen Lebensformen, Ideen, Wissensräumen oder politischen Strukturen verstehen. So arbeiten etwa die Beschäftigten in der deutschen Niederlassung des Unternehmens Microsoft auf Englisch und sind in transnationale epistemische Gemeinschaften, transnationale Organisationsgeflechte und grenzüberschreitende Arbeitsmärkte eingebunden (Weiß 2017). Sie zeigen entweder virtuell oder durch Kurzreisen Präsenz an unterschiedlichen Orten Europas und leben so in einer globalen Stadt, in der sich Lebenswelten überschneiden, ohne sich im *sozialen* Sinne zu berühren.

Transnationalisierung impliziert eine neue Vorstellung auch von Räumlichkeit. Um dies zu verstehen, müssen wir zunächst die Geschichte der Nationalstaaten besehen, die als Geschichte der Durchsetzung zentraler räumlicher Organisationsprinzipien beschrieben werden kann. Die Kartografie entwickelte sich ab dem 19. Jahrhundert zum Leitmedium räumlicher Repräsentation, welche auch alltägliche Raumvorstellungen beeinflusste. Eine zuvor vielfältige Schichtung von Macht- und Handlungsfeldern wurde durch die Herausbildung von Nationalstaaten zunehmend homogenisiert und innerhalb der Territorien zentralisiert (Elias 1992 [1976] I). Die Territorienbildung als räumliches Strukturprinzip erfasste nicht nur politische Räume, sondern setzte sich in Form der Hervorbringung homogener Zonen auch in Städten durch (Einkaufszonen, Erholungszonen, Altstadtzonen etc.). Damit wurde der Containerraum zur räumlichen Leitfigur (Löw 2018) und zum Leitprinzip etwa auch sozialwissenschaftlicher Forschungsperspektiven, die ihre Untersuchungsgegenstände im Ausschnitt territorialer Begrenzungen definieren. Bis heute stellt die Containerperspektive das dominante räumliche Paradigma auch der sozialen Ungleichheitsforschung dar.

Demgegenüber kann der gesellschaftliche Raum der globalen Moderne nicht mehr im Sinne eines euklidischen Behälters oder als System konzentrisch angeordneter Kreise verstanden werden, sondern ist vielmehr global-relational zu verstehen. Jeder Punkt innerhalb dieses Raums befindet sich im Schnittfeld translokaler Überschneidungs- und Verflechtungszusammenhänge von sich überlagernden Regionen, Communities oder Netzwerken. Dies bedeutet, dass sozialräumliche Praktiken und Positionen stets *mehr als einen sozialräumlichen Bezug* erhalten. Eine Vielzahl an Aktivitäten findet heute in elektronischen Räumen statt, die mit territorialen Räumen auf spezifische Weise interagieren. Dies prägt auch alltägliche Raumerfahrungen. So befinden sich Schüler auf einem Schul-

hof etwa geografisch innerhalb eines bestimmten Stadtviertels ihrer Stadt, interagieren über die Kameras der Überwachungsanlage mit der Schulleitung und kommunizieren via Smartphone mit ihren Freunden außerhalb der Schule (Löw 2018).

Auch der Raum der sozialen Positionen definiert sich nicht mehr nur innerhalb eines einzigen nationalen Bezugssystems. Einheimische Arbeitnehmer positionieren sich heute nicht nur innerhalb der Sozialstruktur ihres eigenen Containers, sondern auch zu den Beschäftigten des globalen Südens, etwa den Mittelschichten in Südostasien, die sie auf ihren Urlaubsreisen treffen. Die Auswirkungen von Transnationalisierungsprozessen zeigen sich in besonderer Anschaulichkeit im vereinigten Deutschland. Während im Westen nach der Wende zunächst noch vieles beim Alten blieb, durchlief Ostdeutschland die Transformation von der Industriemoderne in die spätmoderne Dienstleistungsökonomie gleichsam im Zeitraffer, was bei vielen Ostdeutschen zu einer quasi-migrantischen Erfahrung führte – der Erfahrung, fremd im eigenen Land zu sein und über ungleich geringere Gestaltungsmöglichkeiten als die Westdeutschen zu verfügen. Aus dieser nachholenden Entwicklung resultieren bis heute unterschiedliche Erwartungen und Denkmuster in Ost und West. So wird im Osten stärker als im Westen am Ideal der Mittelstandsgesellschaft festgehalten und der soziale Zusammenhalt betont, da die Erfahrung einer relativen sozialen Gleichheit noch nicht so lange zurückliegt wie im Westen.

Konträr zur Herausbildung der Nationalstaaten stellt die Herausbildung der globalen Moderne also eine Geschichte der Durchsetzung dezentraler und translokaler räumlicher Organisationsprinzipien dar, die mit der Zunahme weltweiter Vernetzung und globalen Austauschs deutlicher hervortreten und auch das Alltagsleben bestimmen.

MOBILISIERUNG GEGEN DIE FOLGEN DER GLOBALISIERUNG

Die zentrale These dieses Buches lautet, dass der Aufstieg der Rechtsparteien eine aus unterschiedlichen Quellen gespeiste Konterrevolution gegen die Folgen der skizzierten Globalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse darstellt. Dies darf allerdings nicht in dem Sinne verstanden werden, dass die Rechtsparteien wie viele linke Globalisierungskritiker die Systemfrage in den Vordergrund stellen würden oder dass

sie, wie die Occupy-Bewegung in Amerika, versuchen würden, Globalisierung anders zu gestalten. Ihr Aufstieg resultiert vielmehr aus einem *kollektiven emotionalen Reflex* auf Veränderungen, die bereits vor längerer Zeit in die Gesellschaft eingesickert sind. Der Rechtspopulismus ist eine Reaktion auf eine Zeitenwende. Wichtig ist dabei zu sehen, dass die neuen Rechtsparteien erfolgreich sind, gerade *weil* sie sich nicht auf einzelne Themenfelder oder Fragen der sozialen Gerechtigkeit kaprizieren, sondern als *gesamtgesellschaftliche* Gegenbewegung agieren. Die neuen Rechtsparteien agieren polythematisch, indem sie bislang unverbundene gesellschaftliche Problembereiche und Krisenerscheinungen (wie etwa Weltfinanzkrise, ›Flüchtlingskrise‹, Verkrustung der Eliten, emotionale Entfremdung) verknüpfen, auf die sie mit drei Kernvorhaben reagieren: erstens einer *Re-Nationalisierung*, zweitens einer *Re-Souveränisierung* und drittens einer *Re-Vergemeinschaftung*. Im Folgenden sollen diese kurz umrissen werden.

Auf einer ersten Ebene können die neuen Rechtsparteien als Protestbewegung all derjenigen gesehen werden, die das Nationale auf die Bühne des Politischen zurückbringen möchten und daher gegen fortschreitende Globalisierungstendenzen die *Re-Nationalisierung* der Gesellschaft anstreben. Re-Nationalisierung hat unterschiedliche Gesichter. Im politischen Feld zielt sie auf die Verhinderung bzw. die Verminderung des Einflusses supranationaler Regierungen, wie etwa des Europaparlaments oder transnationaler Abkommen im Kontext von Freihandel, Klimaschutz oder Verteidigung; im ökonomischen Bereich auf den Schutz der wirtschaftlichen Interessen der einheimischen Bevölkerung durch Schutzzölle (dies insbesondere in den USA) oder durch Zuwanderungsbeschränkungen; und im kulturellen Bereich auf die Wiederherstellung eines symbolischen Zentrums (zumeist des ›Volkes‹ und/oder der Mittelschicht) als Reaktion auf Pluralisierungstendenzen, die durch gesellschaftliche Öffnungsbewegungen (gegenüber Frauen, Minderheiten und Migranten) entstanden sind.

Auf einer zweiten Ebene zielen die neuen Rechtsparteien auf eine *Re-Souveränisierung* ihrer Klientele ab. Ehemals Privilegierte, die ihre als legitim erachteten Vorrechte als durch Globalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse gefährdet ansehen, sollen symbolisch entschädigt und von Neuem mit Macht und Einfluss ausgestattet werden. Angesprochen werden Gruppen und Individuen mit sehr unterschiedlichen Deklassierungserfahrungen: entmachtete Eliten, enttäuschte Fami-

lienväter, Ostdeutsche mit entwerteten Biografien oder ganz allgemein marginalisierte Belegschaften und Berufsgruppen. Die unterschiedlichen Adressaten können dabei keiner einzigen Klassenlage zugeordnet werden, sie bilden vielmehr ein vertikales Bündnis unterschiedlicher zurückfallender Gruppen. Allerdings sind nicht alle Deklassierten gleichermaßen durch *Rechtsparteien* mobilisierbar. Neben einer Abstiegs- oder Verlusterfahrung muss als eine weitere Bedingung auch eine *kulturelle Entfremdung* vorliegen: Die Anhänger der Rechtsparteien rekrutieren sich schwerpunktmäßig aus den *konservativen* Fraktionen in Ober-, Unter- und Mittelschichten, deren Wertorientierungen und Lebensformen durch den Aufstieg des Kulturkosmopolitismus an den Rand gedrängt worden sind. Dies erklärt auch, warum Kulturkämpfe, wie sie gegenwärtig etwa um das Themenfeld ›Heimat‹ ausgefochten werden, einen so großen Stellenwert im Umfeld der AfD-Unterstützter einnehmen. Behauptet wird, man wolle den moralischen Maßstäben einer ›gesellschaftlichen Mehrheit‹ gegen die vorgebliche Vorherrschaft von kosmopolitischen Minderheiten (darunter wahlweise etwa Karrierefrauen, Homosexuelle oder Migranten) wieder zu ihrem Recht verhelfen.

Auf einer dritten Ebene beantworten die Programme der Rechtsparteien den Wunsch nach kollektiver Zugehörigkeit und *Re-Vergemeinschaftung*. Gegen das Regime individualistischer Markt- und Selbstverwirklichungskulturen soll ›das Volk‹ als Hort exklusiver Zusammengehörigkeit gestärkt und gegen nicht Dazugehörige verteidigt werden. Die neuen Rechtsparteien reagieren damit auf Verunsicherungen der Globalisierung und erfüllen eine weit verbreitete Sehnsucht nach Geborgenheit und Gemeinschaft. Als attraktive Lebensform kann diese Gemeinschaft deshalb erscheinen, weil sie die Schwächen der globalen Moderne mit ihren Ausscheidungskämpfen, den Kämpfen um Sichtbarkeit, persönlichen Wert und Individualität kompensieren und überwinden will. Die kompensatorischen Funktionen von Gemeinschaften zeigen sich gerade auch im Hinblick auf die wachsenden Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen einer sich im beständigen Wandlungsprozess befindlichen Gesellschaft. Zwar verliert das Individuum mit der Unterordnung unter die Normen der Gemeinschaft individuelle Freiheitsspielräume, gewinnt aber andererseits die Gewissheit auf Anerkennung. Der Gemeinschaftlichkeit der eigenen Gruppe, ihren Werten und Normen, wird dabei Vorrang vor anderen Gruppen eingeräumt.

Die Kernthese, dass Rechtspopulismus einen emotionalen Reflex auf einen Epochenbruch darstellt, sowie ihre drei Dimensionen der Re-Nationalisierung, Re-Souveränisierung und Re-Vergemeinschaftung sollen in den acht Kapiteln dieses Buches genauer beleuchtet werden. Hier folgt nun eine kurze Übersicht.

WEGWEISER DURCH DAS BUCH

Das erste Kapitel *Eine andere soziale Frage. Rechtspopulismus als gesellschaftliche Protestbewegung* dokumentiert, dass die neuen Rechtsparteien eine soziale Gegenbewegung gegen die globale Moderne darstellen. Durch Kontrastierung mit linken Protestbewegungen werden die Entstehungsbedingungen, Trägergruppen und politischen Narrative der neuen Rechtsbewegungen herausgearbeitet. Die Rechtsparteien rekurrieren auf ein grundsätzlich anderes, ein vergangenheitsorientiertes und geschlossenes Modell von Gesellschaft, setzen sich überwiegend aus sozial absteigenden Schichten zusammen und gedeihen eher in Angst- als in Furchtkulturen. Sie sind allerdings nicht ohne Grund gerade in der Gegenwart so erfolgreich geworden, da sie mit allgemeinen gesellschaftlichen Rigidisierungstendenzen und Exklusionsschüben korrespondieren. Jede gesellschaftliche Epoche bringt ihre spezifische gesellschaftliche Konfliktlinie hervor: Die neuen Rechtsparteien repräsentieren, in Reaktion auf den bislang unbewältigten epochalen Umbruch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, *die zentrale Konfliktlinie* der Gegenwart.

Das zweite Kapitel *Die Neuordnung des politischen Raums* beleuchtet die globalen Entwicklungen seit 1989 im Einzelnen und zeichnet die gesellschaftlichen Hintergründe des Aufstiegs rechter Protestparteien nach. Der Fall der Mauer hat einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der Weltpolitik eingeleitet und neue Konfliktlinien auch im Inneren von Gesellschaften hervorgebracht. Dazu haben auch die globalen Migrationsströme und die Herausbildung supranationaler Politikmodelle beigetragen. Sichtbar wird, dass die im Nationalstaat entwickelte Idee von Demokratie nicht umstandslos auf Strukturen jenseits des Nationalstaates übertragen werden kann. Infolge dieser Veränderungen haben sich die Parteienlandschaften transformiert: Die für die Nachkriegsepoche charakteristischen Polaritäten zwischen den konservativen und sozialdemokratischen Parteien sind weitgehend bedeutungslos geworden und von

der parlamentarischen Opposition zwischen den Rechtsparteien und den bürgerlichen Parteien abgelöst worden. Im Aufstieg des Rechtspopulismus verdichten sich äußere Krisen und innere gesellschaftliche Entwicklungen zu einer *politischen Repräsentationskrise*.

Das dritte Kapitel *Die neuen Trennlinien: Zur Transnationalisierung des Sozialraums* rekonstruiert, ausgehend von einer detaillierten Analyse der Wählerschaft, die veränderte Sozialstruktur transnationaler Gesellschaften. Studien über die Zusammensetzung der Wählerschaft zeigen, dass Rechtspopulismus eine zusammengesetzte politische Konfliktlinie repräsentiert, die nicht auf eine einfache Zweiteilung – etwa ökonomischer oder kultureller Art – reduziert werden kann. Die gängige Annahme, bei den Anhängern handele es sich hauptsächlich um ökonomische Globalisierungsverlierer, greift insofern zu kurz, als sich unter diesen nicht ausschließlich und in Deutschland und den USA nicht einmal primär ökonomisch Benachteiligte finden. Aber auch die Annahme einer kulturellen Zweiteilung, die eine Trennlinie zwischen Hochgebildeten und Geringgebildeten zieht, ist nicht schlüssig, da sich auch Hochgebildete unter den Wählern finden. Die Zusammensetzung der Wählerschaft kann auf der Basis von Pierre Bourdieus Modell des Sozialraums besser als *Reaktion auf globale Öffnungen* in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilsystemen gedeutet werden. Wo transnationale Qualifikationen, Beziehungen oder Märkte an Bedeutung gewinnen, werden gültige Einsätze und soziale Hierarchien in Wirtschaft, Politik, Kultur, Bildung und Wissenschaft neu verhandelt. Dadurch sind in allen Feldern neue Verlierer entstanden. Die Vielschichtigkeit dieses Wandels kann erklären, warum sich die Resonanz des Rechtspopulismus nicht nur in sozioökonomisch deprivierten Gruppen, sondern auch in privilegierten Milieus findet.

Trotz der Vielschichtigkeit zeigt sich eine übergreifende Trennlinie, die allerdings keine sozialstrukturelle, sondern eher eine affektiv-ontologische Spaltung darstellt und die zwischen denjenigen verläuft, die Resonanz und Anerkennung erfahren sowie Selbstgewissheit ausstrahlen, weil sie über ihre Existenzbedingungen verfügen können, und denjenigen, deren Selbstgewissheiten und Kontrollmöglichkeiten bedroht sind oder die den Zugriff darauf verloren haben. Es geht um die Möglichkeit und Fähigkeit, sein Selbst, sein Ich, in Zeiten beschleunigter Lebensrhythmen und historischer Umwälzungen zu reproduzieren und seinen Gewohnheiten, Sichtweisen und Wahrnehmungen – seiner Identität – gesellschaftliche Anerkennung zu verschaffen. Es geht also um die Auf-

rechterhaltung der sozialen Existenz. Sicherlich hängt die Möglichkeit dazu nicht unwesentlich auch von ökonomischen Ressourcen ab, allerdings nicht *nur*. Vielmehr hat der Identitätserhalt in Zeiten des beschleunigten Wandels und der Unsicherheit subjektive Voraussetzungen wie die Befähigung, das Sein als ein Instrument zu betrachten, über das man verfügen, das man gar gezielt manipulieren kann. Die neue Selbstgewissheit stammt dann nicht mehr in erster Linie aus habituellen Sicherheiten, sondern aus performativen Kompetenzen. Wichtiger als das ›Sein‹ wird die Fähigkeit zur Modellierung und zur gezielten Hervorbringung spezifischer Identitäten.

Das vierte Kapitel *Herrschaftskonflikte: Eine Koalition der Deklassierten* nimmt eine Nahaufnahme der gegenwärtig zu beobachtenden Kulturkonflikte zwischen Kosmopoliten und den Anhängern des Rechtspopulismus vor und geht dazu den ›Lebenslügen‹ kosmopolitischer Milieus auf den Grund. Diese Kulturkonflikte haben im Zuge globaler Öffnungsbewegungen an Brisanz gewonnen und in ihrer Bedeutung die traditionellen Klassenkämpfe zwischen Industriearbeitern und Unternehmern abgelöst. Während sich Kosmopoliten in ihrem Selbstbild als liberal, aufgeklärt, freiheitsliebend und fortschrittlich empfinden, postulieren die Anhänger der Rechtsparteien ›alternative Wahrheiten‹ und treten für die Wiedereinsetzung der auf Gleichheit, Tradition und nationaler Souveränität beruhenden Verhältnisse der Industriemoderne ein. Zudem stellen sie den Dominanzanspruch der kosmopolitischen Ober- und Mittelschichten in Frage. Aus Sicht der politischen Soziologie Pierre Bourdieus ist der hier aufbrechende Konflikt – Häresie gegen Orthodoxie – nicht verwunderlich, denn Klassenkämpfe sind immer auch Kämpfe um ›Wahrheiten‹, d. h. um Meinungsmonopole. Wahrheiten entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern sind, vermittelt über den Habitus, an gesellschaftliche Standorte und Positionen gebunden. Die gesellschaftlichen Standorte und Standpunkte der Rechten werden im zweiten Teil des Kapitels anhand dreier Milieus ausgeleuchtet, aus denen sich die Anhängergruppen des Rechtspopulismus schwerpunktmäßig rekrutieren: nämlich aus der konservativen Oberschicht, der traditionellen Mittelschicht und der prekären Unterschicht.

Das fünfte Kapitel *Emotionen und Identitäten. Der Aufstieg der (Neo-)Gemeinschaften* befasst sich mit den emotionalen Auswirkungen des epochalen Umbruchs und dem Aufstieg neuer politischer Gemeinschaften. Im Zentrum stehen Ressentiments und Ängste, die aus sozialen Deklas-

sierungen bzw. aus potenziellen Gefährdungen hervorgehen und jeweils ein persönlichkeitsveränderndes Potenzial besitzen. Ressentiments sind eminent politische Gefühle: Anders als Neid oder Scham, die den Einzelnen auf sich selbst zurückwerfen, unterbinden Ressentiments die serielle Isolation des Scheiterns zugunsten eines kompakten Wir. Das von Ressentiments erfüllte Subjekt blickt nicht länger auf sein defizitäres Selbst, sondern hält Ausschau nach Gegnern und feindlichen Mächten, an denen sich Rachegefühle und das Verlangen nach Vergeltung entzünden können. Die politischen Narrative der rechten Protestparteien sind darauf ausgerichtet, diese Ressentiments zu aktivieren und ein ›Bündnis der Betrogenen‹ zu errichten, wodurch die Kränkungen in gemeinschaftlichen Zorn auf ›das Establishment‹ verwandelt werden können. Neben rechtspopulistischen Parteien bilden auch ethnische oder religiöse Protestbewegungen ähnlich politische Neogemeinschaften heraus, die Schutzfunktionen übernehmen und eine Vergesellschaftung von sozialen Niederlagen vornehmen. Sie treten damit in die Lücke, die der Rückzug der Arbeiterbewegungen hinterlassen hat.

Das sechste Kapitel *Dialektik der Globalisierung: Ein neues Imaginarium sozialer Zugehörigkeit?* rückt die gesamtgesellschaftlichen Kosten und Rückschläge der Globalisierung in den Mittelpunkt. Globalisierung bezeichnet demnach keinen Prozess der stetigen Erweiterung, Öffnung oder gar der Auflösung von traditionellen, nationalen oder existenziellen Bindungen in einen globalen ›Raum der Ströme‹ (Castells 1996), sondern sollte als eine spezifische Form der *Re-Figuration von Räumen, Grenzen und Zugehörigkeiten* verstanden werden. Dabei stellt sich auch die Frage nach der Zukunft von Solidarität, da nationale Gemeinschaften im Zuge globaler Öffnungsbewegungen erodieren. Die Herausbildung transnationaler Communities stiftet zwar einerseits neue Zugehörigkeiten und Solidaritäten, erhöht andererseits aber auch das Risiko neu auflodernder religiöser oder ethnischer Konflikte, die eine globale Ausweitung erfahren und immer weniger im nationalstaatlichen Rahmen gezähmt werden können.

Möglicherweise sehen wir einer Zukunft entgegen, die eine neue Struktur sozialer Ungleichheiten herausbildet: Die Vorstellung einer im nationalen Container enthaltenen Klassengesellschaft könnte durch das Bild eines Flickenteppichs globaler Zugehörigkeiten in einer transnationalisierten Ordnung überlagert oder sogar ersetzt werden. So beobachten wir schon heute eine Vielzahl von Diaspora-Gemeinschaften, transnationalen Communities oder postnationalen Gruppierungen, deren Grenzen

über jene des Nationalstaates hinausweisen, die jedoch hinsichtlich ihres Umfangs deutlich unterhalb der Ebene der Nation angesiedelt sind. Die Rechtsparteien treten demgegenüber für die Wiedereinsetzung nationaler Gemeinschaften und Grenzen ein. Dies ist vor dem Hintergrund, dass die Zugehörigkeit zu einer Nation mit zahlreichen Leistungen verbunden ist und im globalen Maßstab ein umkämpftes Privileg darstellt, keineswegs irrational.

Im siebten Kapitel *Neue Bürgerlichkeit und die illiberale Gesellschaft: Eine historische Perspektive auf (De-)Zivilisierungsprozesse* werden Veränderungen von Affektstrukturen im Kontext polarisierender Auf- und Abstiegsprozesse betrachtet. Der Prozess der Zivilisation hat sich nach Norbert Elias nicht gleichmäßig, sondern seit dem Mittelalter ausgehend von den Oberschichten vollzogen, d. h. zunächst von der höfischen Aristokratie, dann von den bürgerlichen Eliten her, die zu ihrer Zeit jeweils dichte Formationen gegenseitiger Abhängigkeiten bildeten. Zu einem gesamtgesellschaftlichen Prozess konnte die Zivilisation erst dadurch werden, dass in »langen Reihe[n] von Aufstiegsbewegungen« (Elias 1992 [1976] II: 342) die unteren Schichten nach oben drängten und dabei Verhaltenskodex der jeweiligen Oberschicht übernahmen. Heute bildet das postindustrielle Bürgertum, das aus einer Verschmelzung der akademisch-kosmopolitischen Mittelschicht mit dem traditionellen Bürgertum hervorgegangen ist, eine solche »zivilisierte« Oberschicht, deren Aufstieg als Geschichte der Affektmodellierung erzählt werden kann.

Da die Klassengesellschaft des beginnenden 21. Jahrhunderts nicht mehr durch das Aufholen der unteren, sondern durch das Auseinanderstreben der oberen und unteren Schichten geprägt ist, finden sich die Gruppen der unteren und mittleren Klassen zunehmend am Aufschließen gehindert. Damit wird aber auch der Prozess der Zivilisierung blockiert. Der Prozess der Übernahme herrschender Verhaltensmuster wird unterbrochen. In den deklassierten Schichten steigt das Risiko regressiver Persönlichkeitsentwicklungen, da blockierte Aufstiege oder Abstiege von den Betroffenen oftmals als Machtverluste erfahren werden und ein unrealistisches Verlangen nach Restauration der alten Ordnung auslösen können. Die populistischen Rechtsparteien greifen diese Gefühle auf und agieren stellvertretend für die in ihrer Überlegenheit bedrohten Gruppen als politische »Zornunternehmer« (Sloterdijk 2008). Sie erarbeiten politische Erzählungen, in denen individuelle Zornpotenziale in den Dienst politischer Ziele gestellt werden können.

Im achten Kapitel *In Deutschland daheim – in der Welt zu Hause. Alte Privilegien und neue Spaltungen* werden Auseinandersetzungen um Zugehörigkeit anhand eines konkreten Themenfeldes, nämlich des Streits um *Heimat*, dargestellt. Sichtbar wird, dass es im Konflikt um Heimat nicht allein um Fragen des Lifestyles geht, sondern vielmehr um gesellschaftliche Positionen gerungen wird. Auf der einen Seite stehen die ›Fortschrittlichen‹ und ›Beweglichen‹, die aufgrund der transnationalen Anschlussfähigkeit ihrer Ressourcen über einen größeren Radius verfügen und die unermüdlich behaupten, dass Heimat auch Zuwanderern offenstehe und niemals etwas sei, was man für immer haben oder besitzen könne, sondern stets nur das Ergebnis eines ›gelungenen Heimischwerdens in der Welt‹ und der ›tätigen Auseinandersetzung mit der Umwelt‹ sei; auf der anderen Seite stehen jene, die zumeist weniger mobil sind, die deutlich weniger Wahlmöglichkeiten hinsichtlich ihres Wohn-, Arbeits- oder Urlaubsortes haben und deren Identität auf Zugehörigkeit zu einem spezifischen Territorium beruht, sei dies eine Region, eine Nation oder ein spezifischer Ort. Hier existiert häufig die Vorstellung einer schicksalhaften Verbindung mit dem eigenen Ursprung. In dieser Perspektive muss die ›unbegrenzte Flexibilität‹ einer offenen Selbstverortung dazu führen, dass am Ende niemand mehr eine Heimat hat.

METHODOLOGISCHE RANDBEMERKUNGEN

Als Untersuchungseinstellung soll eine Methodologie der *theoriegeleiteten Empathie* vorgeschlagen werden. Im Unterschied zur alltäglichen Empathie ist diese nicht durch Identifikation, sondern durch gesellschaftliche Betroffenheit geleitet, da dem Aufstieg der neuen Rechtsparteien nach Meinung der Autorin spezifische Veränderungen innerhalb der Gesellschaft im Ganzen vorausgegangen sind, die in meiner und unserer Zuständigkeit liegen. Sozialwissenschaftliche Beobachter können dabei allerdings keinen gleichsam göttlichen Standpunkt für sich reklamieren. Die methodologische Herausforderung besteht vielmehr darin, ein Konfliktgeschehen zu untersuchen, bei dem die Untersucher wissenschaftliche Objektivität beanspruchen, aber gleichzeitig unweigerlich selbst – buchstäblich – Partei ergreifen, da sie als (mehr oder weniger etablierte) Akademiker einer spezifischen Sozialklasse angehören und als (zumeist links oder liberal eingestellte) Sozialwissenschaftler in weltanschaulicher

Opposition zu den Positionen der AfD oder anderer Rechtsparteien stehen. Das vorliegende Buch möchte in diesem Sinne einen Beitrag zur Selbst-Dezentrierung akademischer und sozialwissenschaftlicher Diskurse leisten, indem es deren Standpunkte auf gesellschaftliche Standorte, d. h. auf soziale Lagen innerhalb des (sich zunehmend global erweiternden) Sozialraums, bezieht.

Die wirkungsvollste und zugleich subtilste Form der Leugnung eigener Standortgebundenheit besteht darin, die Existenz eines politischen Konfliktes überhaupt zu leugnen, indem man rechten Positionen qua Untersuchungsanordnung die politischen Inhalte und damit auch die gesellschaftliche Legitimität im Ganzen abspricht. Dieser Agenda folgt etwa Jan-Werner Müller (2017), wenn er Rechtspopulismus mit Antipluralismus gleichsetzt. Für ihn ist klar, dass Populismus keine spezifischen politischen Inhalte vertritt, sondern lediglich eine unspezifische Form der Identitätspolitik darstellt – »wir gegen sie«. Der ausgewiesene Populismus-Experte Cas Mudde folgt hier Müller, wenn er in diesem Zusammenhang behauptet, die Anhänger der Rechtsparteien würden einer »dünnen Ideologie« folgen, die er auf nur drei Basisideologeme zurückführen will: *Nativismus*, *Autoritarismus* und *Populismus* (Mudde 2016: 296).⁶ Rechtspopulisten werden in diesen Theorien nicht als politische Akteure betrachtet, sondern ausschließlich auf ihre Rolle als Symptomträger, nämlich als Inhaber »autoritärer Charakterstrukturen« oder Träger »rassistischer«, »irrationaler« oder schlichtweg »gefährlicher« Vorurteile, reduziert.

Die Deutungsschablonen und wissenschaftlichen Analyseinstrumente, mit denen der Aufstieg der AfD seitens der Sozialwissenschaftler zumeist analysiert und bewertet wird, stellen demnach keine neutralen Untersu-

6 | Nativismus steht nach Mudde für »völkisches Denken«, das den Staat und die Nation als Garanten der Interessen und Privilegien der ethnischen Eigengruppe begreift und Migranten als nicht Dazugehörige ausgrenzt. Autoritarismus, die zweite Säule, beinhaltet den Glauben an eine strikt geordnete Gesellschaft, in der Übergriffe auf Autoritäten hart bestraft werden sollen. Dies äußert sich politisch in einer *Law-and-order*-Politik, in welcher der Polizei größere Kompetenzen eingeräumt und soziale Probleme wie Abtreibung, Drogensucht oder Prostitution kriminalisiert werden sollen. Populismus schließlich basiert auf einer Betrachtungsweise, welche die Gesellschaft in zwei homogene und antagonistische Gruppen spaltet: das reine Volk und die korrupten Eliten. Dabei wird stets beansprucht, dass Politik aus der Hand der Eliten in die des Volkes gelangen sollte (Mudde 2016: 296 f.).

chungsperspektiven dar, sondern theoretische Linsen, welche die eigenen Sichtweisen und Bewertungen, wenn auch zumeist ungewollt, stets mitreproduzieren. Sie sind damit ein Stück Begriffspolitik in den Sozialwissenschaften und dienen immer auch der Selbstvergewisserung, auf der richtigen Seite zu stehen. Viele Ansätze betrachten populistische Rechtsparteien daher nicht als ernstzunehmende Akteure, sondern als ›Symptomträger‹, deren politischen Meinungen keinerlei Bedeutung beizumessen ist.

Die hier verwendete Methode der theoriegeleiteten Empathie ruht demgegenüber auf zwei Prinzipien: dem Prinzip des kontrollierten Fremdverstehens und dem Prinzip der theoriegeleiteten Erweiterung des Beobachtungsfeldes. Das erste Prinzip besteht in der Anwendung der Wissenssoziologie sowie der Grundlagen des methodischen Fremdverstehens, wie sie etwa durch die Paradigmen der interpretativen Sozialforschung bereitgestellt werden (Przyborski/Wohlrab-Sahr 2010). Dazu gehört die methodologische Bereitschaft zur ›Befremdung‹ der eigenen Sichtweisen und Gesellschaftserzählungen, um sich von darin mitgelieferten ideologischen Voreinstellungen zu lösen. Demgegenüber erheben manche Untersuchungen des Rechtspopulismus die Lebensgewohnheiten und Sichtweisen der kosmopolitischen akademischen Mittelklasse zum universellen Lebensmodell. Darin eingemeißelt ist die unverbrüchliche Überzeugung, dass die liberalen und kosmopolitischen Kultur- und Politikmuster ›moderner‹ und ›fortschrittlicher‹ seien.

Die affirmative Verengung der Perspektive ist angesichts der Relevanz politischer Überzeugungen für die Reproduktion sozialer Dominanzverhältnisse im Grunde nicht überraschend. Im Unterschied zu marginalisierten oder dominierten Gruppen haben sozial tonangebende Gruppen zumeist wenig Veranlassung, ihre Beurteilungskriterien und Prämissen zu hinterfragen. Dies verführt dazu, die Wirkung mit der Ursache zu verwechseln: Dominante Gruppen sind ja nicht deshalb hegemonial, weil sie fortschrittlicher sind oder weil sie allein über universalistische Normen verfügen, sondern weil sie über die Macht und die Mittel verfügen, ihre Sichtweisen zum gesellschaftlichen Maßstab insgesamt zu erheben. Die Schlüssel- und Gatekeeper-Funktionen in Schulen, Gewerkschaften, Parteien, Sozialämtern, Universitäten, Medien und Kulturanstalten werden heute häufiger von Vertretern der akademischen Mittelschichten eingenommen, deren Meinung *maßgeblich* zählt, weil sie Selektionsfunktionen übernehmen und dabei Maßstäbe und Kriterien der Beurteilung festlegen.

Das zweite methodische Prinzip besteht darin, die Untersuchungsperspektive insgesamt zu erweitern, um die Narrative der rechten Protestparteien auf ihren Realitätsgehalt zu überprüfen. Dazu ist es zunächst sinnvoll, Gesellschaft *über den Container hinaus* zu denken. Solange Lebenschancen durch das Staatensystem und Staatsbürgerschaften, d. h. über eine Art »Lotterie der Geburt« (Shachar 2009), vergeben werden, ist es nur rational, wenn Menschen glauben, dass ›ihr‹ Staat überlegen ist und gegenüber Zuwanderern und Außenstehenden geschützt werden sollte (Weiß 2017: 12). Da der Abstand heimischer Arbeitnehmer zu den Menschen im globalen Süden durch die immer stärkeren Verflechtungen der Weltwirtschaft sowie die technologische Entwicklung kleiner wird, ist es nicht so irrational wie oft behauptet, eigene Privilegien im Namen der Souveränität ›des Volkes‹ durch explizite ethno-kulturelle Ausgrenzungen wiederherzustellen. Selbstverständlich ist es mehr als fraglich, ob nationale Kontrolle durch eine Politik der Abschottung wiedererlangt werden kann, doch öffnen sich dem soziologischen Beobachter hier grundsätzliche Perspektiven auf Fragen der Grenzziehung. Ethno-nationale Abschottungstendenzen zeigen sich ja nicht ohne Grund gerade in solchen Gruppen, deren postkoloniale Ausbeutungsprämien schwinden. Gleichzeitig wird sichtbar, dass jede gesellschaftliche Gruppe ihre eigenen Prinzipien der Schließung gegenüber unerwünschten Zuwanderern und aufholenden Außenseitern kennt. Die Anhänger der politischen Lager unterscheiden sich daher weniger im Prinzip als in den *Methoden* der Ausschließung.

DIALEKTIK DER PROTESTBEWEGUNGEN

Die Notwendigkeit einer Untersuchungsperspektive, die sich der eigenen Standortgebundenheit bewusst ist, wird deutlich, wenn man das Verhältnis der linken Protestbewegungen, die 1968 ihren Anfang nahmen, und der heutigen rechtspopulistischen Bewegungen besieht. Allgemein lässt sich sagen, dass Protestbewegungen erstarken, wenn die Unzufriedenheit spezifischer Gruppen mit den sozialen Zuständen nicht mehr im Rahmen der etablierten gesellschaftlichen Ordnung absorbiert werden kann. Drei Faktoren müssen zusammenkommen, um Proteste zu mobilisieren (Kern 2008): erstens eine strukturelle Deklassierung wesentlicher Teile der Bevölkerung; zweitens ein Glaubwürdigkeitsverlust geltender Werte

und Normen, woraus sich Gesellschaftskritik (hier: an liberalen Werten und gesellschaftlichen Ideologien) speist und an Fahrt aufnehmen kann; und drittens strukturbedrohliche Krisenereignisse, wie sie in der jüngeren Vergangenheit etwa die Finanzkrise, die Eurokrise, die Wachstums- und Ungleichheitskrise oder eben auch die Bedrohung durch Terror, Kriege und – für manche Bevölkerungsgruppen – die massenhafte Zuwanderung darstellten.

Die strukturellen Ähnlichkeiten zu den Gegenbewegungen seit 1968 liegen auf der Hand: Die 1968er-Bewegung wie auch die in ihrer Folge Ende der 1970er-Jahre erstarkenden Friedens- und Frauenbewegungen waren Vorreiter gesellschaftlicher Liberalisierungsprozesse; sie forcierten eine allgemeine Trendwende von den Ordnungswerten hin zu Toleranzwerten und Fragen der Gleichberechtigung, der individuellen Selbstverwirklichung, der politischen Partizipation und der Menschenrechte (Kern 2008: 57). Auch sie verdankten ihren Erfolg dem Zusammenwirken gesellschaftlicher Krisenereignisse (etwa der atomaren Bedrohung sowie der Ökologie- und der Ölkrise) mit dem Legitimationsverlust der von den Protestakteuren als scheinheilig-bürgerlich empfundenen herrschenden Ordnung. Und auch diese Bewegungen wurden getragen von damals eher marginalisierten Gruppen, wie etwa Frauen, Homosexuellen, gesellschaftlichen Außenseitern und, ganz allgemein, jungen Erwachsenen.

Die Ironie besteht nun darin, dass die Milieus, die sich nach 1968 herausbildeten, allmählich mit dem Bürgertum verschmolzen und mit hin ihrerseits hegemonial geworden sind. Heute werden sie selbst zur Zielscheibe des Protests. Dadurch fällt es ihren Vertretern nun schwer, eine objektive Sicht auf gesellschaftliche Konflikte, in denen sie selbst Partei ergreifen, zu gewinnen. Dies zeigt sich gerade bei Wissenschaftlern, Publizisten, Regisseuren und anderen Figuren des öffentlichen bzw. kulturellen Lebens, die sich zu dem Aufstieg der neuen Rechtsparteien äußern, dabei aber fast durchweg dem staatstragenden Bürgertum angehören: Ihnen gelingt es bislang kaum, den eigenen Standpunkt auch als Ausdruck einer sozialen Lage, genauer: *ihrer herrschenden Stellung*, zu reflektieren. Vielmehr unterstreichen sie ihre Position im »Establishment«, indem sie die rechten Protestbewegungen reflexhaft politisch, moralisch oder inhaltlich verurteilen oder – ins Pädagogische gewendet – als »falschen Weg«, etwa als die »falsche Antwort auf die richtige Frage nach den Fehlern der Globalisierung« (Stegemann 2017: 10), apostrophieren. Währenddessen wird wie selbstverständlich davon ausgegangen, all das,

was die Unterstützer dieses ›falschen Weges‹ repräsentieren, selbst nicht zu sein. Es sind demnach stets die anderen, die Ressentiments pflegen, die Ausgrenzung von Migranten und Minderheiten forcieren oder dem Autoritarismus verfallen. Diese Ausführungen, die in Kapitel 1 im Detail verfolgt werden, zeigen, dass es notwendig ist, den gleichsam göttlichen Beobachtungsstandpunkt aufzugeben und die eigenen politischen Überzeugungen als Teil einer herrschenden Meinung zu reflektieren, um zu einer gehaltvollen Analyse der Entstehungsursachen rechter Protestbewegungen zu kommen.